

Gemeinsame Erklärung fordert mehr Hilfe, Solidarität und Aufmerksamkeit für die Sudan-Krise

(New York, 13. September 2023) - Wir, die Leiter von über 50 Menschenrechts- und humanitären Menschenrechts- und humanitären Organisationen haben sich zusammengeschlossen, um Alarm für den Sudan sich vor unseren Augen abspielt. Während im ganzen Land weiter Kämpfe toben, gibt es brutale sexuelle Gewalt, vorsätzliche und wahllose Angriffe auf Zivilisten. Journalisten und Menschenrechtsaktivisten werden zum Schweigen gebracht. Damit steht das Land nicht mehr am Abgrund – es ist bereits hinabgestürzt.

Seit April, als in der sudanesischen Hauptstadt offene Feindseligkeiten ausbrachen, waren mehr als fünf Millionen Menschen gezwungen, aus ihren Häusern zu fliehen. Hunderttausende weitere könnten bald gezwungen sein, sich ihnen anzuschließen. Viele leben jetzt in Lagern mit begrenztem Zugang zu humanitärer Hilfe, wenigen Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder und fast ohne psychosoziale Unterstützung, bei der Verarbeitung ihrer traumatischen Erlebnisse.

Im Sudan sind mehr als 20 Millionen Menschen, also 42 Prozent der Bevölkerung, von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Sechs Millionen Menschen stehen kurz vor einer Hungersnot. Mindestens 498 Kinder sind an Hunger gestorben. Kliniken und Ärzte sind im ganzen Land stehen unter Beschuss geraten, so dass 80 Prozent der großen Krankenhäuser des Landes außer Betrieb sind.

Hassreden, insbesondere solche, die dazu auffordern, Gemeinschaften aufgrund ihrer Hautfarbe ins Visier zu nehmen, sind immer alarmierend. Doch in einem zunehmend zerrütteten sozialen Gefüge nehmen einige Kämpfer Zivilisten aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit ins Visier nehmen. Überlebende sexueller Gewalt in Darfur berichten, ihre Vergewaltiger hätten ihnen gesagt: Wir hoffen, dass ihr „unsere“ Kinder gebärt. Wir befürchten daher das Schlimmste.

Zwanzig Jahre nachdem die Schrecken von Darfur unser Gewissen erschüttert haben, versagen wir vor der nächsten Herausforderung. Bislang haben die Vermittlungsbemühungen die sudanesischen Kriegsparteien nicht von ungeheuerlichen Übergriffe abgehalten. Wir drängen auf ein gemeinsames Vorgehen, das die Stimmen und Perspektiven der sudanesischen Zivilbevölkerung einbezieht, einschließlich der Frauen, Jugendlichen und Vertretern aus der historisch marginalisierten „Peripherie“.

Wir verpflichten uns zur Zusammenarbeit, um mehr Hilfe, mehr Solidarität und mehr Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung des Sudan. Der humanitäre Appell der Vereinten Nationen bleibt ist nach wie vor völlig unterfinanziert – etwa 25 Prozent des Bedarfs – und die Kriegsparteien im Sudan untergraben weiterhin alle Bemühungen um eine sichere Lieferung der Hilfsgüter. Die Geberländer sollten die humanitäre Hilfe aufstocken, sowohl für lokale als auch für internationale Organisationen, die Hilfe im Sudan und in den Nachbarländern leisten.

Die Kosten der Untätigkeit steigen. Der UN-Sicherheitsrat sollte vom Reden zum Handeln übergehen und Verhandlungen aufnehmen, um eine Resolution zu verabschieden, die das Klima der Straflosigkeit in Frage stellt und das Völkerrecht bekräftigt. Dieses verlangt einen sicheren und ungehinderten humanitären Zugang. Internationale Bemühungen sollten sich auf einen besseren Schutz der schwächsten Bevölkerungsgruppen im Sudan konzentrieren. Die Folgen des Nichtstuns sind zu schwerwiegend, um sie sich vorzustellen.